

Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Versorgung mit Wärme

aus dem Netz des Wärmeversorgungsunternehmens Regionalwärmeverbund KLU-Maria Saal GmbH

unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Vertragsabschlusses mit Verbrauchern im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG). Die verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen umfassen Männer und Frauen gleichermaßen. Gültig ab 1. Juli 2024.

1. Gegenstand der allgemeinen Bedingungen

1. Gegenstand dieser Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wärme aus dem Netz des Wärmeversorgungsunternehmens der Regionalwärmeverbund KLU-Maria Saal GmbH (kurz „Allgemeine Bedingungen“ genannt) ist der Anschluss des Objekts des Kunden an das Wärmeverteilnetz der Regionalwärmeverbund KLU-Maria Saal GmbH (kurz RKMKG genannt) sowie dessen Versorgung mit Fernwärme.

2. Die Versorgung mit Wärme und gegebenenfalls der Anschluss an das Wärmeverteilnetz erfolgt

a) zu den Bedingungen des abzuschließenden Wärme-lieferungsvertrages samt dessen Anhängen in Verbindung mit einem individuell vereinbarten objekt-spezifischen Angebot,

b) auf Grundlage der gegenständlichen „Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wärme“ sowie

c) gemäß den technischen Richtlinien der EKG (im Folgenden kurz „Technische Richtlinien“ genannt zu finden unter: <https://www.stw.at/allgemeine-geschaeftsbedingungen/>), wobei diese Vertragsbestandteile in der angeführten Reihenfolge gelten.

3. Allfällige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden, sofern es sich nicht um einen Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes handelt, kommen – selbst bei Kenntnis der RKMKG – nicht zur Anwendung, es sei denn, dass die RKMKG ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.

2. Anschluss an die Wärmeversorgung

1. Die Versorgung mit Wärme der RKMKG setzt das Vorhandensein folgender Teile der heizungstechnischen Anlage voraus (siehe Anhang 1, schematische Darstellung):

a) Hausanschlussleitung: Dabei handelt es sich um den Leitungsabschnitt zwischen dem Wärmeverteilnetz der RKMKG und dem Anschlussflansch der Hausstation.

b) Hausstation: Die Hausstation besteht aus der Wärmeübergabestation und der Hausanlage. Die Wärmeübergabestation dient zur (direkten oder indirekten) Übertragung der Wärme an die Hausanlage.

c) Anschlussanlage: Die Hausanschlussleitung gem. lit. a) und die Hausstation gemäß lit. b) bilden zusammen die Anschlussanlage.

d) Hausanlage: Die Hausanlage besteht aus den hinter der Wärmeübergabestation liegenden Steig- und Verteilleitungen des Objekts (Zentralheizungsanlage).

2. Je nach Lage des Objekts und den technischen Gegebenheiten erfolgt die Wärmeversorgung entweder aus dem Primär- oder aus einem Sekundärnetz, wobei die Wahl der Anschlussart der RKMKG obliegt.

3. Hinsichtlich des Leistungsumfanges der RKMKG für die Herstellung des Anschlusses, die Höhe eines allfällig zu entrichtenden, nicht rückzahlbaren Anschlusskostenbeitrages sowie die vom Kunden zu errichtenden Anlagenteile wird von der

RKMKG für den Kunden ein individuelles Angebot erstellt. Zur Errichtung dieser Anlagenteile dürfen nur hierzu befugte Unternehmen herangezogen werden.

4. Um eine vertragsgemäße Wärmeversorgung gewährleisten zu können, bedarf die technische Ausgestaltung der Kundenanlage (vgl. Punkt 4.) der rechtzeitigen Abstimmung mit der RKMKG. Die Kundenanlage muss nach den behördlichen Vorschriften, den anerkannten Regeln der Technik und den vertraglichen Vereinbarungen ausgeführt, betrieben und instand gehalten werden. Die RKMKG ist berechtigt, die Anlage des Kunden während der Planung, des Baues und Betriebes zu überprüfen und die Beseitigung festgestellter Mängel innerhalb angemessener Frist zu verlangen. Die RKMKG übernimmt weder durch die Freigabe der Anlagenplanung bzw. durch die Vornahme oder Unterlassung einer Überprüfung der Anlage, noch durch den Anschluss an das Wärmeverteilnetz und die Wärmeversorgung eine Haftung für die lt. Punkt 4. im Verantwortungsbereich des Kunden liegende Kundenanlage.

5. Die Inbetriebnahme der Anschluss- und der Hausanlage kann erst erfolgen, wenn der RKMKG ein rechtswirksam abgeschlossener Wärmeliefervertrag und die Erfüllung der technischen Anschlussbedingungen vorliegen. Der Termin für die erste Inbetriebnahme der Anschluss- und der Hausanlage ist durch den Kunden bzw. seinen Beauftragten rechtzeitig mit der RKMKG abzustimmen und erfolgt im Beisein von Vertretern beider Vertragspartner. Im Falle der Nichteinhaltung des Termins vom Kunden, ist dieser verpflichtet der RKMKG den Aufwand entsprechend dem mit dem Kunden individuell vereinbarten Preisblatt zu ersetzen. Im Zuge dieser Erstinbetriebnahme wird der Zählerstand des bzw. der Wärmezähler protokolliert sowie die Regelung auf Funktion überprüft und dem Kunden eine Durchschrift des Protokolls ausgefolgt. Eine Wiederinbetriebnahme nach vom Kunden verursachten Änderungen oder Reparaturen an der Kundenanlage erfolgt ebenfalls in Gegenwart eines Beauftragten der RKMKG auf Kosten des Kunden. Der Inbetriebnahmezeitpunkt entspricht dem Verrechnungsbeginn, wobei der Grundpreis im ersten Verrechnungsjahr anteilig zur Verrechnung gelangt.

6. Ist der Kunde nicht zugleich Liegenschaftseigentümer, so hat er vor Abschluss des Wärmelieferungsvertrages die schriftliche Zustimmung des Eigentümers zur vertragsgegenständlichen Grundstücks- und Gebäudenutzung einzuholen. Wenn der Kunde der RKMKG mitgeteilt hat, dass der Liegenschaftseigentümer die erforderliche Zustimmung erteilen wird, und die RKMKG über Wunsch des Kunden danach mit den Arbeiten zum Anschluss beginnt, hat der Kunde der RKMKG den gesamten Aufwand in angemessener Höhe für die bereits erbrachten Leistungen zu ersetzen, falls der Liegenschaftseigentümer seine Zustimmung in weiterer Folge doch nicht erteilt. Der Kunde haftet gegenüber der RKMKG in diesem Fall auch für den durch seine Erklärung verursachten Schaden der RKMKG, insbesondere für Verbindlichkeiten der RKMKG gegenüber dem Liegenschaftseigentümer, wenn die RKMKG bereits Arbeiten auf der Liegenschaft ausgeführt hat und der Liegenschaftseigentümer daraus Ansprüche gegenüber der RKMKG wie Beseitigungs- und Schadenersatzansprüche ableitet.

7. Der Kunde erteilt der RKMKG die Genehmigung für alle im Zusammenhang mit der Verlegung, Reparaturen aber auch allfälligen Neuanschlüssen erforderlichen Bauarbeiten und erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass alle diese Verlegungen oder durchzuführenden Arbeiten entschädigungslos erfolgen.

8. Der Kunde verpflichtet sich, die Hausanschlussleitung und Wärmeübergabestation, soweit sie sich auf den gegenständlichen Liegenschaften befinden, vor Beschädigung zu schützen sowie jeden Schaden, insbesondere jedes Undicht werden, der RKMKG unverzüglich zu melden. Bei einer vom Kunden verschuldeten Beschädigung bzw. nicht genehmigten Änderung der Hausanschlussleitung oder Wärmeübergabestation oder Versäumnis der Bekanntgabe eines Schadens an dieser, ist der Kunde zu Schadensersatz verpflichtet.

9. Die Wärmeübergabestation darf nur durch die RKMKG in Betrieb genommen werden. Eingriffe in die Hausanschlussleitung oder Wärmeübergabestation, die nach den Vereinbarungen des Wärmelieferungsvertrags im Verantwortungsbereich der RKMKG stehen, sind grundsätzlich unzulässig. Die Absperrvorrichtungen der Anschlussanlage dürfen vom Kunden nur bei Gefahr in Verzug oder nach Aufforderung durch die RKMKG unter Beachtung ihrer Anweisungen geschlossen werden. Die Schließung ist der RKMKG unverzüglich mitzuteilen. Die Absperrvorrichtungen dürfen danach nur von Beauftragten der RKMKG wieder geöffnet werden.

10. Für Änderungen an der Hausanschlussleitung oder Wärmeübergabestation, soweit sie auf Wunsch des Kunden durchgeführt oder durch seinen geänderten Wärmebedarf notwendig werden, hat dieser die Kosten zu tragen.

3. Verantwortungsbereich der RKMKG

1. Jedenfalls im Eigentum und Verantwortungsbereich der RKMKG stehen die Hausanschlussleitung bis zur Grundstücksgrenze des versorgten Objekts sowie die Messeinrichtungen. Regelungen über allfällige zusätzliche im Eigentum der RKMKG stehende Anlagenteile sind dem Wärmelieferungsvertrag zu entnehmen.

2. Die im Eigentum der RKMKG stehenden Anlagenteile werden von und auf Kosten der RKMKG gewartet, instand gehalten und gegebenenfalls erneuert.

4. Verantwortungsbereich des Kunden („Kundenanlage“)

1. Alle Anlagenteile, die laut Wärmelieferungsvertrag nicht im Eigentum der RKMKG stehen, zählen zum Verantwortungsbereich des Kunden. Sie sind vom Kunden nach den anerkannten Regeln der Technik, einschlägigen Vorschriften (sowohl des Herstellers als auch hoheitliche) und den vertraglichen Vereinbarungen zu errichten, betreiben, instand zu halten und gegebenenfalls zu erneuern. Die Anlage des Kunden wird in der Folge als „Kundenanlage“ bezeichnet. Der Kunde hat im Zuge der Inbetriebnahme dafür Sorge zu tragen, dass die im Wärmelieferungsvertrag vereinbarte primäre Rücklauftemperatur in der kundenseitigen Regelung gesichert mittels Codierung (passwortgeschützt) eingestellt wird. Das dafür erforderliche Passwort wird im Zuge der Inbetriebnahme durch die RKMKG vergeben. Änderungen dürfen nur durch die RKMKG erfolgen. Weitere eventuell erforderliche Einstellungen in der angeführten Regelung werden bei Bedarf im Wärmelieferungsvertrag vereinbart.

2. Der Kunde hat dafür zu sorgen, dass die vertraglich vereinbarte maximale Rücklauftemperatur nicht überschritten wird. Eine vom Kunden verursachte zweimalige Überschreitung der im Wärmelieferungsvertrag vereinbarten maximalen Rücklauftemperatur innerhalb eines Verrechnungsjahres berechtigt die RKMKG, nach vorheriger Verständigung des Kunden, zu einer Unterbrechung der Wärmeversorgung. In

dieser Verständigung wird der Kunde aufgefordert innerhalb einer Frist von 14 Tagen geeignete technische Maßnahmen zu setzen, womit die Überschreitung der vertraglich vereinbarten maximalen Rücklauftemperatur verhindert werden kann. Kommt der Kunde dieser Aufforderung nicht fristgerecht nach, so wird die Wärmeversorgung unterbrochen. Die Wärmeversorgung wird unverzüglich wieder aufgenommen, sobald der Kunde die geforderten Maßnahmen gesetzt hat.

3. Der RKMKG ist das Recht einzuräumen die Einstellung der Durchflussmenge für den Verrechnungsanschlusswert und die Plombierung des Drosselventils vorzunehmen. Die Ersteinstellung und eventuelle Änderungen der Durchflussmenge dürfen nur durch die RKMKG erfolgen

4. Der Kunde gewährt mit Ausweis versehenen Mitarbeitern der RKMKG oder von ihr beauftragten Dritten während der Geschäftszeit bzw. nach vorheriger Verständigung im erforderlichen Ausmaß Zutritt zu den betreffenden Anlagenteilen (sowohl zur Kundenanlage als auch zu den im Eigentum der RKMKG stehenden Anlagenteilen). In Notfällen bzw. bei Gefahr in Verzug ist Zutritt auch ohne Vorankündigung zu gewähren.

5. Bauliche Veränderungen sowie sonstige Maßnahmen (z.B. Baumpflanzung, Einfriedung, ...), welche die Wärmeversorgungsleitungen bzw. -einrichtungen oder deren Zugänglichkeit beeinträchtigen könnten, bedürfen der rechtzeitigen Abstimmung mit der RKMKG.

6. Schäden bzw. Störungen an der Kundenanlage, sind vom Kunden auf eigene Kosten durch ein qualifiziertes Fachunternehmen beheben zu lassen. Im Fall der Nichtbeseitigung sicherheitsrelevanter Mängel binnen einer Frist von einer Woche nach diesbezüglicher Aufforderung sowie bei Gefahr in Verzug behält sich die RKMKG die Unterbrechung der Wärmelieferung vor. Die Wärmelieferung wird nach Beseitigung der Mängel wieder aufgenommen. Befindet sich der Wärmetauscher gem. Wärmelieferungsvertrag im Eigentum der RKMKG sind bei sekundärseitig verursachter Störung am Wärmetauscher (z.B. Verschlammung) die Kosten für die Störungsbehebung durch den Kunden zu tragen.

7. Der Kunde hat die in seinen Räumlichkeiten befindlichen Anschlussleitungen, Armaturen und Zähl- und Regeleinrichtungen der RKMKG auch dann frostfrei zu halten, wenn der Anlage keine Wärme entnommen wird. Er haftet für allenfalls durch ihn zu verantwortende Frostschäden. In der Wärmeübergabestation ist auf Kosten des Kunden für ausreichende Be- und Entlüftung, Stromversorgung und Entwässerung zu sorgen.

8. Erweiterungen und Abänderungen von Kundenanlagen bedürfen der Zustimmung der RKMKG.

9. Kundenanlagen, die ohne Zwischenschaltung von Wärmetauschern an das Fernwärmeversorgungsnetz angeschlossen werden, dürfen nur in Anwesenheit eines Beauftragten der RKMKG gefüllt oder entleert werden. Das Füllen bzw. Nachfüllen der Kundenanlage ist auf Kosten des Kunden durchzuführen. Um die technische Sicherheit der Versorgung zu gewährleisten, ist dazu ausschließlich Wasser aus dem Fernwärmeversorgungsnetz zu verwenden.

5. Art und Umfang der Versorgung, Haftung

1. Die RKMKG ist verpflichtet, für das vertragsgegenständliche Objekt, Wärme gemäß den näheren Spezifikationen laut Wärmelieferungsvertrag zu liefern.

2. Der Kunde hat keinen Rechtsanspruch auf eine Erhöhung der vertraglich vereinbarten Anschlussleistung, eine Erhöhung ist jedoch nach Maßgabe der technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie der verfügbaren Kapazitäten im Einvernehmen durch Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung möglich.

3. Sollte die RKMKG durch Fälle höherer Gewalt oder durch sonstige Umstände, die abzuwenden sie nicht in der Lage ist, am Bezug oder an der Wärmelieferung ganz oder teilweise

verhindert sein, so trifft den Kunden für die Dauer des Entfalls der Lieferung auch keine Entgeltspflicht und er hat das Recht, unter Beachtung der Vorgaben von § 918 ABGB, vom Vertrag zurückzutreten.

4. Die RKMKG ist berechtigt, nach vorheriger Verständigung des Kunden die Wärmelieferung wegen betriebsnotwendiger Arbeiten zu unterbrechen. Eine Verpflichtung zur vorhergehenden Information besteht jedoch nicht, wenn die unverzügliche Vornahme der Arbeiten zur Abwendung von Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Sachen erforderlich oder wenn eine rechtzeitige Information des Kunden nicht möglich ist.

5. In den Fällen der Punkte 5.3 und 5.4 ist die RKMKG verpflichtet, das jeweilige Hindernis bzw. den Unterbrechungsgrund raschest möglich zu beseitigen.

6. Die RKMKG haftet für Schäden, die die RKMKG oder eine Person, für welche die RKMKG einzustehen hat, vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet hat. Bei Schäden aus der Tötung oder Verletzung einer Person besteht die Haftung bereits bei leichter Fahrlässigkeit. Die Haftung gegenüber Unternehmen i.S. des Konsumentenschutzgesetzes für Folgeschäden, entgangenem Gewinn und für Schäden aus Ansprüchen Dritter gegen den Kunden ist ausgeschlossen.

6. Verbrauchsmessung

1. Die gelieferte Wärmemenge wird durch geeichte Messeinrichtungen festgestellt. Die RKMKG behält sich die Festlegung von Art, Anzahl und Größe sowie einen etwaigen Austausch der Messeinrichtungen vor. Der Aufstellungsort der Messeinrichtungen wird in Abhängigkeit der technischen und baulichen Gegebenheiten von der RKMKG festgelegt und ist vom Kunden frei zugänglich zu halten.

2. Die Messeinrichtungen werden von der RKMKG zur Verfügung gestellt und verbleiben im Eigentum der RKMKG. Sie werden nach den Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes durch die RKMKG überprüft, abgelesen, geeicht und bei Bedarf getauscht. Für die Bereitstellung, Instandhaltung, Datenauslesung und den Austausch der Messeinrichtungen ist vom Kunden ein monatliches Entgelt (Messpreis) entsprechend dem mit dem Kunden individuell vereinbarten Preisblatt zu bezahlen. Die Kosten für den erstmaligen Einbau hat der Kunde zu tragen. Weiters kann der Kunde auf eigene Kosten geeichte Subzähleinrichtungen einbauen lassen, welche seiner Obsorge unterliegen. Rückwirkungen bzw. Störeinflüsse auf die Zählleinrichtungen der RKMKG müssen dabei gänzlich ausgeschlossen sein. Subzähleinrichtungen werden nicht von der RKMKG abgelesen und bilden auch keine Grundlage für die Abrechnung des Wärmeverbrauches. Ausgenommen davon sind Subzähleinrichtungen, die im Rahmen des Abrechnungsservice durch die RKMKG, eine Grundlage für die Aufteilung der Wärme- und Wasserlieferungen bilden. Details dazu sind in der Abrechnungsvereinbarung (Zusatz zum Wärmelieferungsvertrag) geregelt.

3. Der Kunde hat das Recht, schriftlich bei RKMKG eine Überprüfung der Messeinrichtungen durch die Eichbehörde (§ 47 Abs. 1 MEG BGBl 152/1950 idGF) zu verlangen. Ergibt die Überprüfung eine Überschreitung der zulässigen Verkehrsfehlergrenzen, werden die Prüfkosten von RKMKG getragen, sonst vom Kunden.

4. Die RKMKG ist im Anlassfall (zum Beispiel zur Überprüfung technischer Werte, oder um etwaige technische Störungen zu beheben) berechtigt, in der Kundenanlage Messeinrichtungen aufzustellen.

5. Von Störungen oder Beschädigungen der Messeinrichtungen hat der Kunde die RKMKG unverzüglich zu informieren. Die Kosten der Schadensbehebung werden von der RKMKG getragen, sofern die Ursache nicht vom Kunden zu vertreten ist.

6. Bei Ausfall oder Fehlfunktion der Messeinrichtungen wird der Kunde zu viel oder zu wenig verrechnete Betrag für die Dauer des

vorausgehenden Ablesezeitraumes richtig gestellt. Darüber hinaus nur, soweit die Auswirkung des Fehlers mit Gewissheit über einen längeren Zeitraum festgestellt werden kann. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen, so ermittelt die RKMKG das Ausmaß der gelieferten Wärme unter angemessener Berücksichtigung der bei der jeweiligen Kundenanlage tatsächlichen herrschenden Verhältnisse wie zum Beispiel längere Abwesenheitszeiten des Kunden. Dabei sind folgende Verfahren anzuwenden, wobei das erste tatsächlich anwendbare Verfahren heranzuziehen ist:

a) durch Erfassen von Messwerten einer allenfalls vorhandenen Kontrollmesseinrichtung oder

b) aufgrund Berechnung des Durchschnittsverbrauchs. Bei diesem Verfahren werden der Durchschnittsverbrauch vor der letzten fehlerfreien Ablesung und der Durchschnittsverbrauch nach der Feststellung des Fehlers unter Berücksichtigung der Heizgradtage zugrunde gelegt oder

c) durch Hochrechnung des Verbrauchs in Abhängigkeit von der beheizbaren Nutzfläche.

Der Kunde ist vom Ergebnis dieses Ermittlungsverfahrens zu verständigen und aufzufordern, binnen 14 Tagen dazu Stellung zu nehmen. Für den Fall, dass der Kunde in einer rechtzeitig eingebrachten Stellungnahme durch Nachweise belegt, dass in seinem Fall tatsächlich herrschenden Verhältnisse noch nicht angemessen berücksichtigt wurden bzw. noch weitere Umstände zu berücksichtigen sind, wird die RKMKG die Verbrauchsermittlung entsprechend anpassen und diese der Erstellung der Rechnung zugrunde legen.

7. Wird die Verbrauchsfeststellung trotz Mahnung und Setzung einer Nachfrist von 14 Tagen durch den Kunden nicht ermöglicht, so ist die RKMKG berechtigt, das Ausmaß der gelieferten Wärme unter Anwendung des in Absatz 6 dargestellten Verfahrens zu ermitteln. Für den Fall, dass der Kunde innerhalb der vereinbarten Frist, eine Stellungnahme im Sinne des vorstehenden Absatzes vorlegt oder der RKMKG binnen 14 Tagen die Feststellung des tatsächlichen Verbrauchs ermöglicht, wird die RKMKG die Verbrauchsermittlung entsprechend anpassen und diese der Erstellung der Rechnung zugrunde legen.

8. Wird Wärme durch den Kunden vor Anbringung oder unter vorsätzlicher Umgehung der Messeinrichtungen entnommen, oder wird die Messgenauigkeit der Zähler vorsätzlich beeinträchtigt, ist die RKMKG – unbeschadet einer allfälligen strafrechtlichen Verfolgung – berechtigt, den Wärmeverbrauch nach dem Höchstmaß der möglichen Entnahme, gegebenenfalls auf Basis des Wärmeverbrauches eines vollen Verrechnungsjahres, zu berechnen. Der Kunde wird bei Abschluss des Vertrages über das Höchstmaß der möglichen Entnahme eines vollen Verrechnungsjahres für sein zu versorgendes Objekt informiert.

9. Das Ergebnis der Wärmezählung bildet die Grundlage für die Verrechnung der gelieferten Wärmemenge, die entweder vom Kunden durch Selbstablesung oder durch Fernablesung bzw. durch Ablesung von Beauftragten der RKMKG festgestellt wird.

10. Sofern technisch möglich, kann eine Fernauslesung der Messeinrichtungen z.B. über eine Internet-, Telefon-, Mobilfunk- oder Funkverbindung erfolgen. Der Kunde hat, wenn es technisch möglich, geringfügig und sachlich gerechtfertigt ist, kostenlos eine Leitung oder die Möglichkeit einer Leitungsführung zum öffentlichen Telefonnetz zur Verfügung zu stellen. Selbiges gilt für einen etwaig notwendigen Stromanschluss und den Platz für die technischen Einrichtungen in unmittelbarer Nähe der Messeinrichtung. Für den Fall einer bestehenden oder neu zu errichtenden Datenverbindung ermöglicht der Kunde die Datenerfassung per Fernauslesung. Die RKMKG ist berechtigt, die so ermittelten Messdaten für die Verrechnung heranzuziehen.

11. Weiters ist die RKMKG berechtigt, zum Zweck der Fernwartung, Betriebsführung und Störungsanalyse der Mess- und Regeleinrichtungen der Fernwärme Hausstation, die gespeicherten Betriebsdaten auszulesen, aufzuzeichnen sowie eine Parametrierung (von Ferne bzw. vor Ort) durchzuführen.

7. Wärmepreis, Teilzahlungen und Verrechnung

1. Das Entgelt für die Belieferung mit Wärme an Kunden der RKMKG sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Entgelte samt einer allfälligen Wertsicherung, bestimmen sich nach den mit den einzelnen Kunden jeweils vereinbarten Preisen der RKMKG. Diese Preise ergeben sich aus dem Produkt- und Preisblatt der RKMKG, das dem Kunden bei Abschluss des Vertrages zur Kenntnis gebracht bzw. ausgehändigt wird und auch auf der Homepage der RKMKG abrufbar ist. Bei dem im Wärmeliefervertrag vereinbarten Preis handelt es sich mangels abweichender Regelung im Wärmeliefervertrag um einen Nettobetrag. Der Kunde hat Steuern, Gebühren und Abgaben die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wärmelieferung an den Kunden oder dem Wärmeverbrauch des Kunden stehen, in der jeweiligen gesetzlichen Höhe zu tragen. Die anfallenden Steuern, Gebühren und Abgaben und deren Höhe werden dem Kunden bei Vertragsabschluss bekanntgegeben. Für den Fall einer Änderung der genannten Steuern, Gebühren und Abgaben ist die RKMKG berechtigt, die Änderungen im selben Ausmaß zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der geänderten Steuern, Gebühren und Abgaben, zu verrechnen. Die RKMKG wird den Kunden vor Verrechnung über die geänderten Umstände rechtzeitig informieren.

2. Die Abrechnung der von der RKMKG gelieferten Wärme erfolgt auf Basis der Ablesergebnisse der Messeinrichtungen gemäß Punkt 6. und wird dem Kunden gemäß den im Wärmeliefervertrag vereinbarten Abrechnungszeiträumen vorgelegt. Die Rechnung ist ohne Abzug binnen 14 Tagen fällig, Teilzahlungen sind bis zum 7. eines Monats ohne Abzug zur Zahlung fällig, soweit nichts anderes vereinbart wird. Zahlungen des Kunden sind so durchzuführen, dass für die RKMKG keine Kosten anfallen.

3. Die RKMKG kann im Einvernehmen mit dem Kunden andere Zeitabschnitte wählen und hierbei jeweils Teilzahlungsbeträge zu festgelegten Fälligkeiten vereinbaren. Nach Vorliegen des Jahresverbrauches wird eine Jahresabschlussrechnung gelegt, in der die bereits entrichteten Teilbeträge berücksichtigt werden. Eine Zinsverrechnung für daraus resultierende Gut-/Lastschriften wird beiderseits nicht beansprucht.

4. Basis für die Teilzahlungen ist der Verbrauch des vorangegangenen Abrechnungszeitraumes. Wenn solche Berechnungen nicht möglich sind, so bemessen sich die Teilzahlungen nach dem durchschnittlichen Lieferumfang vergleichbarer Kundenanlagen. Macht der Kunde einen anderen Lieferumfang glaubhaft, so muss dieser berücksichtigt werden.

5. Ändern sich innerhalb des Abrechnungszeitraumes die Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet, wenn keine abgelesenen Messergebnisse vorliegen. Die folgenden Teilzahlungen können im Ausmaß der Preisänderung angepasst werden.

6. Die Frist für die Erhebung von Einwendungen gegen die Rechnungen beträgt sechs Monate ab Rechnungslegung. Gehen der RKMKG gegen Rechnungen innerhalb der jeweiligen Frist keine schriftlichen Einwendungen zu, gelten die Rechnungen der RKMKG als genehmigt. Auf die Bedeutung einer nicht rechtzeitigen Erhebung von Einwendungen sowie die damit verbundenen Rechtsfolgen wird die RKMKG den Kunden in der Rechnung ausdrücklich hinweisen.

7. Einwendungen gegen die Rechnung berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme.

8. Bei verspätetem Zahlungseingang ist die RKMKG berechtigt, bei Konsumenten im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, ab dem Zeitpunkt der Fälligkeit Verzugszinsen bis zu vier Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank in Rechnung zu stellen. Gegenüber Unternehmern kommt in diesem Fall § 352 UGB zur Anwendung.

9. Wird die von der RKMKG gelieferte Wärme vom Kunden an Dritte (z.B. Mieter, Eigentümer) gegen Entgelt weiterveräußert,

ist der Kunde insofern zu Transparenz verpflichtet, als er Kostenbestandteile, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den an die RKMKG geleisteten Zahlungen für die Wärmelieferung stehen (z.B. Kosten für Wartung bzw. Instandhaltung, Einzelverrechnung, Verwaltungsaufwand), gesondert auszuweisen hat.

10. Konsumenten im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes sind nur dann berechtigt ihre Verbindlichkeiten gegenüber der RKMKG durch Aufrechnung von ihr zustehenden Forderungen zu erfüllen, wenn die RKMKG zahlungsunfähig ist, oder die Forderung des Kunden in rechtlichem Zusammenhang mit seiner Verbindlichkeit steht, oder die Forderung des Kunden gerichtlich festgestellt oder von der RKMKG anerkannt ist. Das Recht zur Aufrechnung eines Kunden, der Unternehmer ist, wird auch für diese Fälle ausgeschlossen.

11. Die RKMKG ist zudem berechtigt, dem Kunden die Kosten für von ihm verschuldete Aufwendungen für Bankrücklauf, Mahnungen, Inkasso bzw. Inkassoersuche durch einen Beauftragten der RKMKG zu verrechnen, soweit sie zur zweckentsprechenden Einbringung notwendig sind und in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen. Unter diesen Voraussetzungen hat der Kunde der RKMKG auch die Mehrkosten für Aufwendungen abzugelten, die der RKMKG durch eine vom Kunden verschuldete nicht korrekte Inanspruchnahme von Zahlscheinen und Überweisungsaufträgen im Zuge des elektronischen Bankverkehrs entstehen. Die Höhe der Entgelte für Bankrücklauf, Mahnung und Inkasso sowie für die nicht korrekte Inanspruchnahme der genannten Zahlungsbehefe ergibt sich aus dem jeweils mit dem Kunden vereinbarten Produkt- und Preisblatt der RKMKG. Ebenso ist die RKMKG im Falle der Beauftragung eines Rechtsanwaltes oder Inkassobüros berechtigt, Kosten für vom Kunden verschuldete Aufwendungen zu verrechnen, soweit sie zur zweckentsprechenden Einbringung notwendig sind und in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen. Als Berechnungsgrundlage für das Honorar dient für die Beauftragung eines Rechtsanwaltes analog das jeweils geltende Rechtsanwaltstarifgesetz, im Falle der Beauftragung eines Inkassobüros, die jeweils geltende Inkassogebührenverordnung, wobei die Aufwendungen nicht über den Höchstsätzen der jeweils geltenden Inkassogebührenverordnung liegen dürfen.

8. Wertsicherung, Änderungen des Wärmeliefervertrages und der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

1. Vereinbart wird die Wertsicherung des Wärmepreises nach den folgenden Bestimmungen. Der Wärmepreis besteht aus der Grundgebühr, dem Arbeitspreis und dem Messpreis; die Wertsicherung gilt daher für die Grundgebühr, den Arbeitspreis und den Messpreis.

2. Sofern der Wärmeliefervertrag keine Regelung zur Wertsicherung enthält, wird die Wertsicherung anhand der nachfolgenden Regelungen durchgeführt. Der Wärmepreis wird an den Verbraucherpreisindex der COICOP-Gruppe 4.5.2 für Gas mit einer Gewichtung von 15% und an den von der Statistik Austria verlaublichten jährlichen Verbraucherindex 2010 (VPI) mit einer Gewichtung von 85% gebunden. Der Wärmepreis wird jährlich mit Wirksamkeit ab 1. September eines jeden Jahres angepasst. Die Abrechnungsperiode ist im jeweiligen Wärmeliefervertrag definiert.

3. Diese Veränderung wird gemessen am Durchschnitt der Indexzahlen für das Basisjahr gegenüber dem Durchschnitt der Indexzahlen für das letzte verfügbare Kalenderjahr. Sofern noch nie eine Anpassung erfolgt ist, ist als Ausgangsbasis der Durchschnitt der Indexzahlen für das vorletzte Kalenderjahr vor dem Vertragsabschluss maßgeblich. Das sich auf Senkung oder Erhöhung errechnete Jahresentgelt wird kaufmännisch auf zehn Cent gerundet.

4. Die RKMKG wird den Kunden über die Anpassung des Wärmepreises sowie das Ausmaß der Veränderung schriftlich per Brief oder elektronisch per E-Mail (sofern der Kunde mit der

RKMG die Kommunikation per E-Mail vereinbart hat) informieren.

5. Falls die RKMG in einem Jahr von einer Erhöhung des Wärmepreises absieht, lässt dies das Recht der RKMG auf künftige Erhöhungen des Wärmepreises unberührt. Unterbleibt eine Erhöhung des Wärmepreises in einem oder mehreren aufeinanderfolgenden Jahren, kann (können) diese mit Wirkung ab der nächsten vorgenommenen Erhöhung des Wärmepreises nachgeholt werden, wobei in diesem Fall die Anpassung in jenem Ausmaß erfolgt, welches der Veränderung der für den Jahresdurchschnitt des letzten Jahres vor der Entgeltanpassung verlautbarten Indexzahl zu derjenigen Indexzahl, welche die Grundlage für die letzte durchgeführte Erhöhung des Wärmepreises war, entspricht. Das Absehen von einer Wärmepreissenkung ist ausgeschlossen.

6. Durch Gesetz oder sonst hoheitlich bedingte Änderungen der Umsatzsteuer oder der Gebrauchsabgabe, welche die Lieferung von Wärme betreffen, berechtigen die RKMG zu einer entsprechenden Anpassung des vereinbarten Wärmepreises. Dies gilt auch bei Neueinführungen oder beim Wegfall von hoheitlich festgelegten Steuern, Abgaben und Zuschlägen, welche die Lieferung von Wärme unmittelbar betreffen. Sinken die Kosten für die oben angeführten Faktoren, so ist die RKMG gegenüber Kunden, die Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes sind, zu einer Senkung des Preises verpflichtet.

7. Die RKMG wird dem Kunden Änderungen des Wärmelieferungsvertrages einschließlich dieser Allgemeinen Bedingungen mindestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Inkrafttretens anbieten und die vom Änderungsangebot betroffenen Bestimmungen des Wärmelieferungsvertrages und der Allgemeinen Bedingungen sowie die vorgeschlagenen Änderungen in einer dem Änderungsangebot angeschlossenen Gegenüberstellung darstellen. Die Zustimmung des Kunden zu den vorgeschlagenen Änderungen gilt als erteilt, wenn der Kunde bis zum vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen diesen nicht widerspricht. Das Änderungsangebot wird dem Kunden schriftlich per Brief oder elektronisch per E-Mail (sofern der Kunde mit der RKMG die Kommunikation per E-Mail vereinbart hat) mitgeteilt. In diesem Änderungsangebot wird der Kunde auf die Änderungen des Wärmelieferungsvertrages und der Allgemeinen Bedingungen sowie darauf hingewiesen, dass sein Stillschweigen durch das Unterlassen eines Widerspruchs als Zustimmung zu den vorgeschlagenen Änderungen gilt. Die RKMG wird die vorgeschlagene neue Fassung der Allgemeinen Bedingungen auf ihrer Website veröffentlichen; auch darauf wird der Kunde im Änderungsangebot hingewiesen werden. Änderungen des Wärmepreises sind nur nach Maßgabe von Punkt 7.1, 8.1 bis 8.3 und 8.6 zulässig. Änderungen von Leistungen der RKMG auf Grundlage des Punktes 8.8 sind ausgeschlossen.

9. Vorauszahlung, Sicherheitsleistung

1. Die RKMG kann vom Kunden für den Lieferumfang eine Vorauszahlung bzw. die Leistung einer Sicherheit (Barkaution, Bankgarantie, Hinterlegung von Sparbüchern) verlangen, wenn

- a) ein außergerichtlicher Ausgleichsversuch beantragt wurde,
- b) ein Insolvenzverfahren beantragt, eröffnet oder bewilligt wurde,
- c) ein Liquidationsverfahren eingeleitet wurde oder
- d) gegen den Kunden innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten zweimal wegen Zahlungsverzugs mit Aussetzung der Lieferung oder Kündigung oder fristloser Auflösung des Vertrages vorgegangen werden musste.
- e) der Kunde aus anderen Vertragsverhältnissen mit der RKMG oder einem anderen Konzernunternehmen offenen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

2. Die Vorauszahlung ist in Höhe von drei Teilzahlungen des vorangegangenen Abrechnungszeitraums zu leisten oder – wenn ein solcher nicht vorliegt – in Höhe der nach Punkt 7.2 bemessenen Teilzahlungen.

3. Nach einmaliger Mahnung unter nutzlosem Verstreichen einer Nachfrist von 14 Tagen kann sich die RKMG aus der Sicherheit nach den gesetzlichen Verwertungsvorschriften schadlos halten, und zwar sowohl für die Rückstände aus der Belieferung mit Wärme als auch aus anderen Vertragsverhältnissen zwischen den Vertragspartnern, die mit der Belieferung mit Wärme zusammenhängen.

4. Barsicherheiten werden zum Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank verzinst.

5. Der Kunde hat auf Verlangen die Sicherheit auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Die Sicherheit wird dem Kunden nach Wegfall der Voraussetzung gem. Punkt 9.1 zurückgegeben. Zudem erfolgt die Rückgabe der Sicherheit auf Wunsch des Kunden, wenn der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen ein Jahr lang regelmäßig nachkommt bzw. bei Beendigung des Vertrages und Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen.

10. Einstellung der Belieferung, außerordentliche Vertragsauflösung

1. Die RKMG ist – über die in den Punkten 4.2, 4.5, 5.3 und 5.4 geregelten Fälle hinaus – berechtigt, die Wärmelieferung einzustellen, wenn der Kunde schuldhaft

- a) fällige Rechnungen trotz schriftlicher Mahnung unter Androhung der Aussetzung der Vertragspflichten und nutzlosen Verstreichens einer Nachfrist von 14 Tagen nicht bezahlt;
- b) Wärme bzw. Wasser aus dem Versorgungsnetz der RKMG vertragswidrig entnimmt, ableitet oder verwendet;
- c) mit der Wärmelieferung zusammenhängende Einrichtungen ohne erforderliche schriftliche Zustimmung der RKMG verändert bzw. der RKMG gehörende Einrichtungen beschädigt, entfernt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt, wozu auch Mess- sowie allfällige Absperranlagen und Plomben zählen;
- d) mit Ausweis versehenen Mitarbeitern der RKMG oder von ihr beauftragten Dritten den Zutritt zur Kundenanlage gemäß Punkt 4.3 verweigert;
- e) eine von der RKMG zur Beseitigung eines vertragswidrigen Zustandes geforderte Änderung der Kundenanlage trotz schriftlicher Mahnung unter Androhung der Aussetzung der Vertragspflichten und nutzlosen Verstreichens einer Frist von 14 Tagen nicht ausführt.

2. Von der Abweisung eines Insolvenzantrages mangels kostendeckenden Vermögens sowie der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ist die jeweils andere Vertragspartei sofort schriftlich zu verständigen. Der Vertragspartner des Schuldners ist gemäß § 25a IO berechtigt, den Wärmelieferungsvertrag nach Ablauf der gesetzlichen Auflösungsfrist von sechs Monaten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufzulösen, sofern die Vertragsauflösung im Insolvenzfall die Fortführung des Schuldnerunternehmens gefährdet. Der Vertragspartner des Schuldners ist berechtigt, den Wärmelieferungsvertrag mit sofortiger Wirkung trotz der gesetzlichen Auflösungsfrist aufzulösen, wenn die Auflösung zur Abwendung schwerer persönlicher oder wirtschaftlicher Nachteile unerlässlich ist. Weiters ist die RKMG berechtigt, die Wärmelieferung bis zur Bestellung einer leicht verwertbaren Sicherheit, deren Wert der Höhe der voraussichtlichen Forderungen der RKMG entsprechen muss, zu unterbrechen. Ein wichtiger Grund zur Vertragsauflösung liegt auch vor, wenn die Eröffnung eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens über das Vermögen der anderen Vertragspartei mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird.

3. Die Wiederaufnahme der von der RKMG gemäß Punkt 10.1 unterbrochenen Belieferung erfolgt nur nach völliger Beseitigung der Hindernisse und Störungen und nach Bezahlung der der

RKMG hierfür zustehenden Schadenersatzforderungen sowie der entstandenen Kosten für die Einstellung und Wiederaufnahme der Lieferung.

4. Im Wiederholungsfalle der in Punkt 10.1 lit a) – lit e) geregelten Fälle und ferner bei jeder unbefugten Verwendung von Wärme ist die RKMG außerdem zur fristlosen Auflösung des Vertrages berechtigt.

11. Vertragsdauer, Vertragsauflösung, Rechtsnachfolge, Kommunikation

1. Der Wärmelieferungsvertrag tritt mit Unterfertigung durch beide Vertragspartner in Kraft und wird grundsätzlich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

2. Eine allfällige Mindestvertragslaufzeit ist ebenso wie die Kündigungsfristen und -termine dem jeweiligen, mit dem Kunden vereinbarten Wärmelieferungsvertrag, zu entnehmen.

3. Wird der Bezug von Wärme ohne ordnungsgemäße Kündigung dieses Vertrages eingestellt, so bleibt der Kunde für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher Verpflichtungen der RKMG gegenüber haftbar.

4. Die RKMG ist jederzeit – auch vor Abschluss des Vertrages – berechtigt Bonitätsprüfungen des Kunden durchzuführen.

5. Die Vertragsparteien sind nach jeweiliger vorheriger schriftlicher Zustimmung der anderen Partei berechtigt, die Rechte und Pflichten aus dem Liefervertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Der übertragende Vertragspartner wird von den im Liefervertrag übernommenen Pflichten erst frei, wenn die nachfolgende Vertragspartei in die Verpflichtungen gegenüber der anderen Vertragspartei rechtsverbindlich eingetreten ist. Einer Zustimmung des Kunden bedarf es jedoch nicht, für den Fall, dass die RKMG die Rechte und Pflichten aus dem Liefervertrag auf einen Rechtsnachfolger überträgt, der direkt oder indirekt im 100% Eigentum der RKMG oder der Stadtwerke Klagenfurt AG steht.

6. Ist im Wärmeliefervertrag eine Mindestvertragslaufzeit vorgesehen, so ist der Kunde bei Änderungen im Besitz oder Eigentum der Liegenschaft im Rahmen seiner faktischen und rechtlichen Möglichkeiten verpflichtet, den Wärmeliefervertrag samt allen Rechten und Pflichten auf seinen Rechtsnachfolger zu überbinden.

7. Der Kunde hat die RKMG über Änderungen seines Namens, seiner (Rechnungs-) Anschrift, seiner E-Mail-Adresse (sofern, der Kunde mit der RKMG die Kommunikation per E-Mail vereinbart hat) und seiner Bankverbindung (sofern der Kunde der RKMG ein SEPA-Lastschriftmandat erteilt hat) schriftlich oder per E-Mail zu informieren. Sämtliche Erklärungen und Schriftstücke können von der RKMG rechtswirksam an die letzte vom Kunden bekannt gegebene Anschrift zugestellt werden, wenn der Kunde eine Änderung seiner Anschrift nicht bekannt gegeben hat. Haben der Kunde und die RKMG die Kommunikation per E-Mail vereinbart, erfolgt die gesamte Kommunikation zwischen der RKMG und dem Kunden, einschließlich der Übermittlung von Rechnungen, per E-Mail. Erklärungen, welche die RKMG oder der Kunde mit E-Mail abgeben, sind daher wirksam und verbindlich. Davon unberührt bleibt die Wirksamkeit von unterschriebenen Erklärungen.

12. Rücktrittsrecht

1. Bei einem außerhalb von Geschäftsräumen (§ 3 Z 1 FAGG) oder im Wege des Fernabsatzes (§ 3 Z 2 FAGG) mit einem Verbraucher (§ 1 KSchG) geschlossenen Vertrag hat dieser das Recht gemäß § 11 FAGG zurücktreten. Wenn ein Verbraucher seine Vertragserklärung weder in den von der RKMG für ihre geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von der RKMG dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben hat, so kann dieser vom Vertragsantrag oder vom Vertrag gemäß § 3 KSchG zurücktreten. Die Widerrufsfrist beträgt jeweils vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Die Erklärung des Rücktritts ist an keine bestimmte Form gebunden. Um sein Widerrufsrecht

auszuüben, muss dieser Kunde die RKMG mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über seinen Entschluss, den Vertrag zu widerrufen, informieren. Dafür kann er das von der RKMG bereitgestellte Muster-Widerrufsformular oder eine andere eindeutige Erklärung auch auf der Webseite www.stw.at elektronisch ausfüllen und übermitteln. Macht der Kunde von dieser Möglichkeit Gebrauch, so wird die RKMG unverzüglich (z.B. per E-Mail) eine Bestätigung über den Eingang eines solchen Widerrufs übermitteln. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass der Kunde die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absendet.

2. Wünscht der Verbraucher, dass die RKMG vor Ablauf der 14-tägigen Rücktrittsfrist gemäß § 11 FAGG mit der Vertragserfüllung beginnt, so muss der Verbraucher ein ausdrücklich auf diese vorzeitige Vertragserfüllung gerichtetes Verlangen erklären (§ 10 FAGG).

3. Wenn ein Kunde einen Liefervertrag rechtzeitig widerruft, hat die RKMG alle Zahlungen, die sie vom Kunden erhalten hat, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über den Widerruf bei der RKMG eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwendet die RKMG dasselbe Zahlungsmittel, das der Kunde bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt hat, es sei denn, es wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden dem Kunden wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Hat der Kunde verlangt, dass die Lieferung mit Wärme während der Widerrufsfrist beginnen soll, so hat dieser einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichtet, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

13. Sonstige Bestimmungen

Erfüllungsgehilfen

Die RKMG ist berechtigt, qualifizierte Dritte als Erfüllungsgehilfen mit der Durchführung einzelner Verpflichtungen aus diesem Vertrag (z.B. Ablesung der Messeinrichtungen) zu beauftragen.

Datenverarbeitung

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die den Kunden bezüglich der Belieferung mit Wärme betreffenden Daten – Name, Anschrift, Verbrauchs-, Vertrags- und Verrechnungsdaten – von der RKMG elektronisch verarbeitet werden.

14. Gerichtsstand

1. Für alle im Zusammenhang mit den Allgemeinen Lieferbedingungen bzw. dem Vertrag entstehenden Streitigkeiten entscheidet das am Sitz der RKMG sachlich zuständige Gericht, soweit die Streitigkeit nicht im Verhandlungswege oder durch ein vereinbartes Schiedsgericht bereinigt wird.

2. Die Bestimmung gemäß Punkt 14.1 bezieht sich nicht auf Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, die zum Zeitpunkt der Klageerhebung im Inland einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Ort der Beschäftigung haben.

3. Auf die Allgemeinen Lieferbedingungen und die gesamte Rechtsbeziehung zwischen dem Kunden und der RKMG ist ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts anzuwenden.

Kontakt

ServiceCenter
St. Veiter Straße 31
9020 Klagenfurt am Wörthersee
T +43 463 521 880
F +43 463 521 789
ServiceCenter@stw.at

Anhang 1

Schematische Darstellung über die Abgrenzung der Verantwortungsbereiche (samt Glossar)

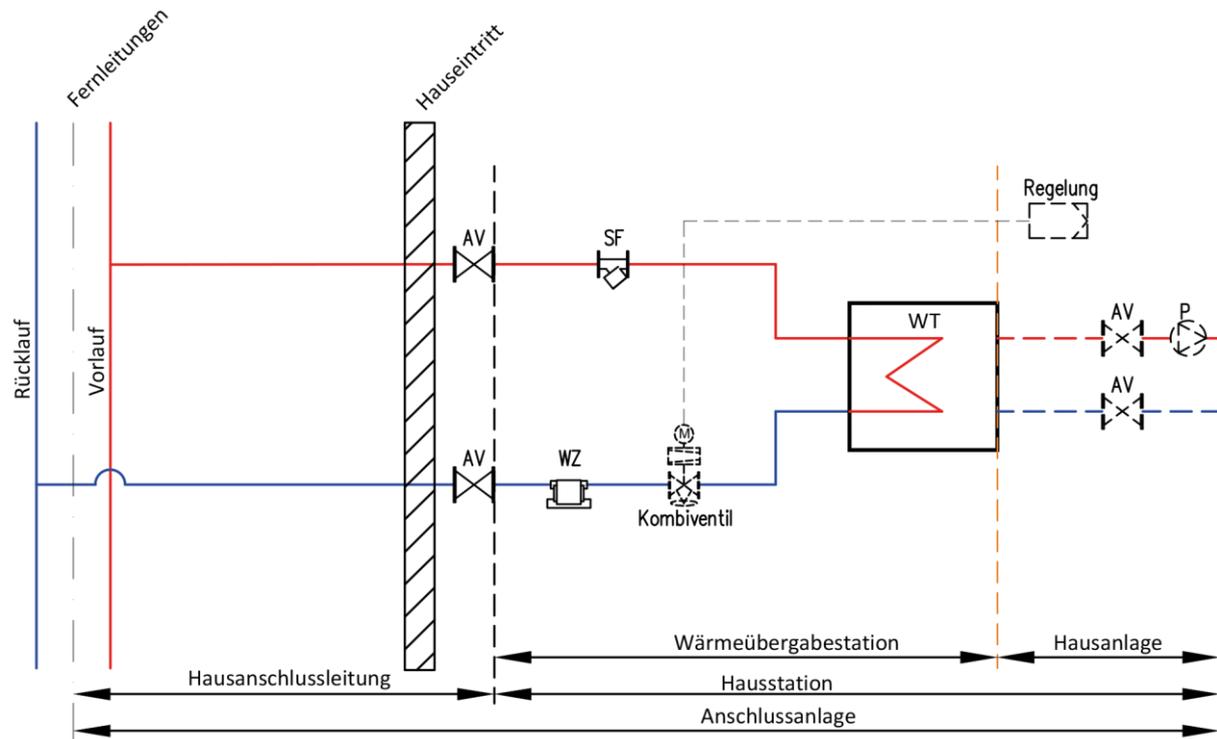


Abbildung 1: Wärmeübertragung indirekt

Anschlussanlage: besteht aus Hausanschlussleitung und Hausstation

Hausanschlussleitung: Vorlauf- und Rücklaufleitung vom vorgelagerten Fernwärmenetz bis Hauseintritt

Hausstation: besteht aus Wärmeübergabestation und Hausanlage

Wärmeübergabestation

- bestehend aus:
 - › Wärmetauscher
 - › Absperrventile
 - › Schmutzfänger
 - › Mengenregler
 - › Wärmezähler

Hausanlage: Heizungsanlage nach Wärmetauscher

AV: Absperrventil

SF: Schmutzfänger

WT: Wärmetauscher – dient zur Übertragung der Wärmeenergie vom Fernwärmenetz auf die Hausanlage

TR: Temperaturregelventil – dient zur Regelung der gewünschten Temperatur

MR: Mengenregler – dient zur Einstellung der maximalen Durchflussmenge

WZ: geeichter Wärmezähler – dient zur Erfassung der in das Objekt gelieferten Wärmeenergie

P: Pumpe

VL: Fernwärmeverlauf

RL: Fernwärmerücklauf